

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2002



Ein festes Fundament für die Altersvorsorge!

Die „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ unter Führung von Bert Rürup soll einen Plan zur Sanierung der Rentenversicherung ausarbeiten. Man darf der Expertenrunde dazu alles Glück wünschen. Die Altersvorsorge

steht im Zentrum der Sozialpolitik. Wenn es nicht gelingt, sie zu konsolidieren, gerät manches ins Wanken, das über das Ökonomische hinausgeht.

Apropos ökonomisch: Ließe man ausnahmsweise einmal dem wirtschaftlichen Sachverstand das letzte Wort, dann sollten die Rezepte für die kurzfristige Finanzierung, die mittelfristige Sanierung und die langfristige Umsteuerung der Altersvorsorge nicht umstritten sein. Um der Rentenversicherung aus der akuten Klemme zu helfen, wäre es das Vernünftigste (gewesen), den nächsten Termin der Rentenanpassung um ein paar Monate zu verschieben. Das wäre der Beitrag der Alten zur Soforthilfe für ein System, an dessen Schutz vor Diskreditierung ihnen besonders gelegen sein muss.

Mittelfristig empfiehlt es sich, die Lebensarbeit zu verlängern - und zwar in einem ersten Schritt wenigstens bis auf jene 65 Jahre, die heute kaum mehr als Normalwert jenes „erfüllten Arbeitslebens“ geleistet werden, von dem die Anhänger des Umlageverfahrens so gern in bewegten Worten sprechen. Das wäre dann der Beitrag der heute noch Jungen.

Auf lange Sicht, und selbstverständlich unter Berücksichtigung aller aufgelaufenen Ansprüche aus dem heutigen System, sollte die Altersvorsorge auf drei Prinzipien gestellt werden: Pflicht zur Rentenversicherung für alle Bürger, Entkoppelung der Aufwendungen vom Arbeitslohn und von den Arbeitsverträgen, Kapitalfundierung der Altersbezüge. Das wäre die dreigeteilte Formel der Ökonomie. Die Politik weiß wahrscheinlich heute schon, dass das „nicht geht“. Was wird uns die Rürup-Kommission sagen?

Hans D. Barbier

Die Ökosteuer – leichtfertiges Spiel mit den Renten

Seit April 1999 wird die Ökosteuer erhoben. Mit dieser Steuer auf den Treibstoff- und Stromverbrauch sollten die Beiträge zur Rentenversicherung, und damit die Lohnnebenkosten, dauerhaft gesenkt werden. In den vergangenen vier Jahren hat die Steuer rund 40 Milliarden € eingebracht. Weitere 17 Milliarden € könnten nach der fünften Erhöhung der Ökosteuer zu Beginn des kommenden Jahres eingenommen werden.

Die Ludwig-Erhard-Stiftung hat in ihrem Ordnungspolitischen Bericht 2000 vor der Ökosteuer gewarnt und darauf hingewiesen, dass die Sozialversicherung selbst grundlegend reformiert werden muss. Die Subventionierung des Rentensystems durch die Ökosteuer nehme den Druck vom Gesetzgeber, die notwendigen Reformen zügig durchzuführen. Jetzt zeigt sich, wie berechtigt diese Warnung war. Die Bundesregierung plant, den Rentenbeitrag zum 1. Januar 2003 auf 19,5 Prozent oder höher anzuheben, weil der Rentenversicherung ansonsten die Zahlungsunfähigkeit droht. Der Beitrag ist dann wieder so hoch, wie er nach der ersten Stufe der Ökosteuer vor vier Jahren war. Die dringend notwendige Sanierung der Rentenversicherung wurde in dieser Zeit versäumt.

Aufruhr der Experten: Politik bleibt taub

Innerhalb einer Woche erhielt die Bundesregierung für ihre Wirtschaftspolitik drei vernichtende Kritiken. Namhafte Experten bescheinigten der Regierung, dass sie von illusorischen Erwartungen ausgeht und Politik abseits der Realität betreibt:

■ Zunächst hat der Arbeitskreis Steuerschätzung mitgeteilt, dass Bund, Länder und Gemeinden 2002 und 2003 weniger Steuern einnehmen werden, als in den Haushaltsplänen ausgewiesen ist. Der Arbeitskreis hat Mitte November 2002 festgestellt, dass den öffentlichen Kassen im ungünstigsten Fall in diesem Jahr rund 15 Milliarden €, im nächsten Jahr weitere 22 Milliarden € fehlen werden.

Bundesfinanzminister Eichel meint, die schwache Konjunktur und die hohe Arbeitslosigkeit seien für die Fehlbeträge verantwortlich. Damit leugnet er seine Verantwortung für den desolaten Zustand der Wirtschaft. ▶

Fehlende Steuern

in Deutschland, in Milliarden €

Fehlbetrag	2002	2003
Bund	6,2	8,9
Länder	6,3	9,3
Gemeinden	2,3	3,7
Gesamt	14,8	21,9

Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzung

■ Mitte November hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2002/2003 ausgeführt: „Der Koalitionsvertrag und die bisherige Regierungspolitik lassen eine konsistente und umfassende Strategie für mehr Beschäftigung und ein höheres Wachstum vermissen.“ Die Wirtschaftsweisen erwarten im nächsten Jahr allenfalls eine „Erholung mit angezogener Handbremse“. Selbst unter optimalen Bedingungen werden die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt um weitere 110 000 auf dann 4,17 Millionen steigen.

Seit vier Jahren spricht die Bundesregierung davon, dass die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ihr Hauptziel sei. Sie hat nicht das Mindeste erreicht und schließlich nur eine Kommission berufen, die sagen soll, was zu tun sei.

■ Die EU-Kommission in Brüssel hat ein Defizitverfahren gegen Deutschland eröffnet, weil das Haushaltsdefizit in diesem Jahr 3,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) beträgt und auch 2003 über drei Prozent liegen wird. Damit verstößt Deutschland eklatant gegen den Stabilitätspakt.

Deutschland ist verpflichtet, bis 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Auch wenn die Regierung verkündet, das Defizit 2003 unter drei Prozent zu drücken: Die Finanzpolitik bewegt sich in die entgegengesetzte Richtung. Die Schulden des Staates wachsen, die Lohnnebenkosten nehmen zu und die Arbeitslosigkeit steigt.

Politik, die keine ist

Das Arbeitsprogramm der Bundesregierung steht unter der Überschrift „Erneuerung, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit“. Der Koalitionsvertrag enthält ähnlich schön klingende Absichtserklärungen. Die Wirklichkeit ist aber bei den Abgaben, am Arbeitsmarkt und bei der Altersvorsorge: Der Reformstau bleibt.

Die Regierung plant „eine transparente und konsistente, eine ökologische und sozial verträgliche Wirtschaftspolitik, die Vertrauen und Rückhalt in Wirtschaft und Gesellschaft findet. Kern dieser Politik ist, die Investitionskraft und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft durch den Abbau von Wachstumshemmnissen nachhaltig zu stärken, um Arbeitsplätze zu schaffen und Beschäftigung zu sichern.“

Zwischen Absicht und wirtschaftspolitischem Handeln stehen unüberbrückbare Gegensätze. Höhere Steuern und Sozialabgaben, mehr Staatsschulden, mehr Regulierungen am Arbeitsmarkt: Das bislang von der Bundesregierung Beschlossene ist das pure Gegenteil dessen, was für eine prosperierende Wirtschaft nötig wäre. Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine Mannschaft verzetteln sich in Einzelmaßnahmen und verbreiten hektischen Aktionismus. Ihre Politik ist diffus, widersprüchlich und von Unsicherheit geprägt. Die Unsicherheit überträgt sich mehr und mehr auf die Wirtschaftenden. Investitions- und Konsumentscheidungen werden aufgeschoben. Es droht eine anhaltende Wirtschaftskrise.

In der Geschichte der Bundesrepublik gab es bislang keine Bundesregierung, die bereits kurze Zeit nach der Wahl derart in der Kritik standen hat.

Kritik von allen Seiten

■ Die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute merken in ihrem Herbstgutachten an, höhere Steuern und Sozialabgaben seien kontraproduktiv. Private Haushalte und Unternehmen müssten in den kommenden Jahren mit erheblichen zusätzlichen Belastungen ihrer Einkommen rechnen: „Schon auf kurze Sicht wird dieses Vorgehen konjunkturelle Bremsspurten hinterlassen. Auf längere Sicht droht eine Verminderung des Wachstumstempos.“

■ Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag fordert die Bundesregierung auf, endlich ihre Illusion zu begraben, den Haushalt über Steuererhöhungen und Leistungskürzungen konsolidieren zu können.

■ Der Deutsche Städtetag spricht angesichts der Milliardenlöcher bei den Steuereinnahmen von einer Katastrophe für die Kommunen; Städte und Gemeinden seien

die größten Verlierer der derzeitigen Finanzpolitik.

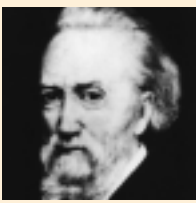
■ Der Bundesverband der deutschen Industrie fordert die Bundesregierung auf, den Vorschlägen von Experten zu folgen und den Koalitionsvertrag ersatzlos durch das Konzept des Sachverständigenrates „Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum“ zu ersetzen.

Selbst in Kreisen der regierenden Parteien wächst der Unmut über die konzeptionslose Wirtschaftspolitik:

■ Heide Simonis, Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein, findet, die Bundesregierung habe es nach der Bundestagswahl im September versäumt, umgehend ein tragfähiges und schlüssiges Reformkonzept zu entwickeln. Auch die Entscheidungen, die sie im Grundsatz für richtig hält, zum Beispiel bei der Rente, seien wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit nicht ausreichend. Im Gesundheitswesen fehle ein überzeugendes Konzept völlig.

Einnahmen und Ausgaben des Staates

in Milliarden €					
	1999	2000	2001	2002	2003
Einnahmen	935,3	953,6	943,0	948,0	981,1
Ausgaben	965,1	981,6	1 000,5	1 025,0	1 052,4
Saldo	-29,8	-28,0	-57,5	-77,0	-71,3
Defizitquote*	1,5	1,4	2,8	3,7	3,3
* in Prozent des Bruttoinlandsproduktes					
Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2002/2003					



Folgenreicher Verlust

„Autorität wie Vertrauen werden durch nichts mehr erschüttert als durch das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden.“

Theodor Storm

■ Peter Hartz, Vorsitzender der gleichnamigen Kommission, sieht sein Reformkonzept für den Arbeitsmarkt verwässert. Im Zusammenhang mit den geplanten Personal-Service-Agenturen kritisiert er vor allem, dass sich die Gewerkschaften beim Bundeskanzler durchgesetzt haben: Wenn für Leiharbeiter Tariflöhne bezahlt werden müssen, kann die Leiharbeit in großem Umfang nicht funktionieren“, findet Hartz. Er habe zudem vorgeschlagen, dass Haushalte erheblich Steuern sparen können, wenn sie Ich-AGs oder so genannte Minijobber beschäftigen. Jetzt hat das Finanzministerium den Steuervorteil auf ein Minimum begrenzt, und Haushaltsdienstleistungen werden nur beschränkt gefördert. Mit dem ursprünglichen Konzept hätte man mehreren hunderttausend Arbeitslosen und Schwarzarbeitern eine legale Perspektive eröffnet. Mit den aktuellen Regelungen versperre die Bundesregierung den Weg in die Legalität wieder.

■ Christine Scheel, Finanzexpertin von Bündnis 90/Die Grünen, meint, entgegen dem Vorhaben der Bundesregierung seien Abschlüsse bei Frührenten angebracht. Man müsse dem Trend entgegenwirken, dass immer mehr Menschen schon mit 60 Jahren oder früher in Rente gehen.

Was für eine auf lange Sicht erfolgreiche Politik nötig wäre, kann die Bundesregierung in zahllosen Gutachten nachlesen. Zudem kann sie das Wissen zahlreicher Wissenschaftler nutzen.

Guter Rat liegt bereit

Sie kann sich auf wissenschaftliche Institutionen wie die Bundesbank und den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stützen, deren Beratertätigkeit sogar gesetzlich verankert ist. Alle halbe Jahre geben die führenden sechs Forschungsinstitute ihre Analysen und Empfehlungen ab. In den Ministerien sind Wissenschaftliche Beiräte eingerichtet. Sachverständige werden zu Sonderfragen gehört. Zu speziellen Sachverhalten kann die Bundesregierung Forschungsaufträge vergeben. Wird besonderer Handlungsbedarf gesehen, beruft die Bundesregierung eine Kommission, zum Beispiel die „Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ – als Hartz-Kommission bekannt –, der jetzt die „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ folgt.

Wenn auch in Details nicht immer einig, mahnen die Berater seit Jahren im Grundsatz einstimmig, die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen durch Reformen der Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu verbessern. Zuletzt hat Mitte November 2002 der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seine Ratschläge in zwanzig Punkten für mehr Beschäftigung und Wachstum skizziert. Die Sachverständigen schlagen Senkungen bei den Steuern, den Arbeitskosten und der Staatsverschuldung vor, plädieren für flexible Ta-

rifverträge und formulieren eine neue Rolle für die Krankenversicherung.

Wirklich neu sind die Vorschläge der Sachverständigen nicht. Die Bundesregierung müsste sie nur anwenden. Wenn sie tatsächlich das im Koalitionsvertrag formulierte Vorhaben einer transparenten und konsistenten Wirtschaftspolitik verwirklichen will, muss ihre Generallinie lauten:

■ Es muss eine arbeitsplatzfördernde Beschäftigungspolitik betrieben werden. Nur wer Einkommen erwirtschaftet, ist in der Lage, ein eigenständiges Leben zu führen. Zugleich entfallen durch dauerhaften Abbau der Arbeitslosigkeit staatliche Ausgaben.

Das erleichtert die Haushaltskonsolidierung und macht sinkende Beiträge in der Arbeitslosenversicherung möglich.

■ Den Staat auf seine Aufgaben konzentrieren! Dazu gehört, dass in der Finanz- und Steuerpolitik Entlastungen und keine neuen Steuern beschlossen werden.

■ In der sozialen Sicherheit muss systematisch mehr Eigenverantwortung für die Alters- und Gesundheitsvorsorge zugelassen werden. Schon den jungen Menschen muss deutlich vor Augen geführt werden, dass sie für ihre soziale Sicherung mehr in Eigenregie vorsorgen müssen als ihre Eltern und Großeltern.

Wirtschaftspolitische Ratgeber

Die staatlich berufenen „fünf Weisen“ des Sachverständigenrates haben einen gesetzlichen Auftrag zur Politikberatung; www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

Zusätzlich verfassen zahlreiche Forschungsinstitute volkswirtschaftlich orientierte Gutachten. Die bekanntesten sind:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; www.diw.de

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv; www.hwwa.de

Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; www.ifo.de

Institut für Weltwirtschaft Kiel; www.uni-kiel.de/ifw

Institut für Wirtschaftsforschung Halle; www.iwh.uni-halle.de

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; www.rwi-essen.de

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim; www.zew.de

Weitere Institute finden sich unter den Mitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute“ in Berlin.



Realisten gesucht!

„Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert.“

Aldous Huxley

IM KLARTEXT

Dezember 2002

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2002

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Seit Monaten meldet die Bundesanstalt für Arbeit um die vier Millionen arbeitslose Menschen. Die offizielle Statistik erfasst jedoch längst nicht alle Arbeitslosen. 1,7 Millionen Arbeitslose in staatlichen Beschäftigungsprogrammen und

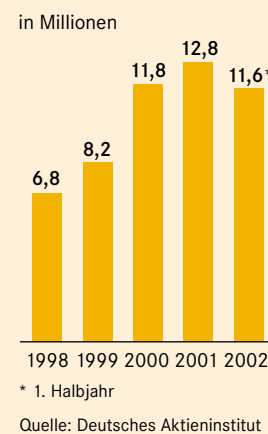
deckte Arbeitslosigkeit in diesem Jahr auf rund 5,8 Millionen. Dadurch verzichtet die deutsche Volkswirtschaft auf die produktive Arbeitskraft von 13,4 Prozent der Erwerbspersonen.

Geldwertstabilität

Das Deutsche Aktieninstitut meldet, dass in Deutschland im ersten Halbjahr 2002 rund 11,6 Millionen Bürger Aktien und/oder Fondsanteile besaßen. Im Jahresdurchschnitt 2001 legten noch fast 13 Millionen Menschen ihr Ersparnis in Wertpapieren an – ein Rückgang um knapp 1,5 Millionen Anleger.

Angenommen, jeder Anleger hatte 1 000 € in Aktien investiert. Dann bedeutet der Ausstieg der Aktienbesitzer, dass Kapital in Höhe von 1,5 Milliarden € für Investitionen aus den Reihen der Anteilseigner fehlt. Die Investitionsmittel müssen von den Unternehmen deshalb per Kredit auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden. Die dafür fälligen Zinsen fließen in die Preiskalkulationen der Unter-

Aktien-/Fondssparer

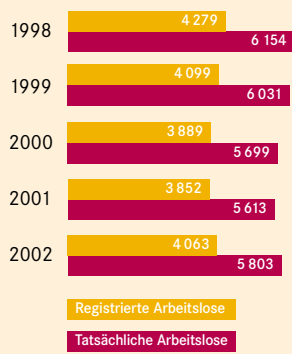


nehmensbelastungsquote (Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Volkseinkommen), die der Bund der Steuerzahler für 2002 ausgerechnet hat. Anfang der sechziger Jahre lag die Quote bei 41,5 Prozent.

Mit den in angekündigten Erhöhungen bei der Renten- und Krankenversicherung sowie durch höhere Steuern wird die Quote in den nächsten Jahren stärker steigen als im Frühsommer 2002 absehbar, und damit die Möglichkeit zur eigenen Vorsorge weiter schmälern.

Arbeitslose

in Tausend

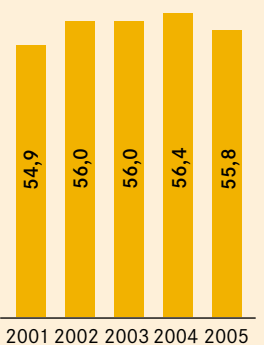


Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2002/2003

arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Altersteilzeit, vorzeitiger Ruhestand oder Kurzarbeit werden von der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst. Insgesamt summieren sich die ausgewiesene und die ver-

Belastungsquote

in Prozent vom Volkseinkommen



nehmen ein und verteuern die Produkte für die Verbraucher. Eine unstete Versorgung mit Investitionskapital und ein instabiles Preisniveau verunsichern aber die Wirtschaftenden und gefährden die Geldwertstabilität.

Eigenverantwortung

Einerseits fordert der Staat vom Einzelnen mehr Eigenständigkeit. Andererseits nimmt der Staat dem Einzelnen immer mehr vom erarbeiteten Einkommen. Rund 56 Prozent beträgt die so genannte Einkom-

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de